

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER
TUNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 18. FEBRUAR 1933

ERSCHEINT SONNABENDS - BEZUGSPREIS VIERTELJ. 7 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM.

POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 116 98, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES

SCHRIFTLEITUNG: PETER MEHRENS • VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 56, ALSTER-TERRASSE 10 • FERNRUUF 44 28 86 • REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

Schlagt am 5. März die Reaktion!

Seit 14 Tagen hat Deutschland eine entschiedene Rechtsregierung. In ihr sitzen die schärfsten Vertreter der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, Papen, Hugenberg, Seldte. Daß an der Spitze des Kabinetts der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei steht, bedeutet keinesfalls eine Abschwächung des reaktionären politischen Kurses, der nunmehr auf der ganzen Linie in Deutschland gesteuert wird. Wenn auch der nunmehrige Reichskanzler Hitler, als er noch nicht zur Macht gelangt war, aus Agitationsbedürfnissen heraus manchmal Forderungen erhob, die sozialistische Tendenzen in sich trugen, so ist doch diese Zeit jetzt endgültig vorüber. Die erste große Gelegenheit, der Bevölkerung in Deutschland einen großen Plan zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und einer Umgestaltung der Wirtschaft nach den

Programmpunkten der Nazis zu entwickeln, die er die Regierungs-erklärung bekanntgab, ließ er ungenutzt vorübergehen. Und hätte er nicht in den letzten 14 Tagen das solange von ihm in seiner Schublade verborgen gehaltene Rezept zur Beseitigung aller Schwierigkeiten in Deutschland, von dem er noch wenige Wochen vor Uebernahme der Regierungsgeschäfte hochtrabend sprach, herausholen müssen? Leider kam er auch bei seiner Ansprache im Berliner Sportpalast am Freitag, dem 10. Februar, die auf Anordnung der Regierung auf alle deutschen Rundfunksender übertragen werden mußte und von der Goebbels als Ansager behauptete, daß ihr 20 Millionen Menschen lauschen würden, über Gemeinplätze, Geschichtsklitterungen und bombastische Redensarten nicht hinaus. Was ist das für ein Kanzler, der mit kleiner Mühe alles zum besten wenden kann und es doch nicht tut?

Aber Scherz beiseite. Das deutsche Volk hat ein Recht, zu verlangen, daß jene, die alle bisherigen Regierungen aufs schärfste bekämpften, nun beweisen, daß sie bessere Politik zu machen verstehen. Die ersten 14 Tage der Regierungstätigkeit der neuen Männer zeigt aber schon deutlich die kommende reaktionäre Entwicklung in Deutschland. Wo noch ein höherer linker Einstellung verdächtiger Beamter im Amte ist, wird er schleunigst durch einen Parteibuchbeamten der neuen Koalition ersetzt. Der

Drang zur Futterkrippe so manchen Pgs. kann also jetzt gestillt werden. Daß man nicht davor zurückschreckt, auch solche Beamten zu entfernen, die sich auf ihrem Posten ausgezeichnet haben, hat sich besonders kraß im Falle des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium Dr. Grieser gezeigt.

Es ergibt sich immer deutlicher, und je länger die neue Regierung am Ruder ist, desto krasser wird es sich zeigen, daß diese statt Arbeit und Brot eine weitere Verelendung der Massen bringt. Vorläufig versucht die Regie-

rung sich über die Situation mit Schimpfen auf die Marxisten, die in 14 Jahren Deutschland zugrunde gerichtet haben sollen, hinwegzuhelfen. Sind auch ihre Behauptungen falsch, so weiß doch Hitler aus seiner Tätigkeit als Trommler für die Nazis, daß man die Bürger am besten schrecken kann mit Marxismus und Kommunismus, und wenn man dann noch einige von Moral tiefende Redensarten von Familie, Treue, Kultur, christlicher Weltanschauung usw. dazu tut, dann ist man sich seines Erfolges sicher.

Den Auslandsvertretern gegenüber sprach der Reichskanzler fast, als wäre er schon Mitglied bei einer pazifistischen Organisation geworden. Früher starke Worte von der

Zerreißen des Schandvertrages von Versailles,

Jetzt: niemand liebt mehr den Frieden als ich. Aber nur keine Anerkennung dessen, was von Männern wie Ebert, Herm. Müller, Stresemann, Brüning usw. für die Befreiung Deutschlands von den Fesseln des Versailler Vertrages geleistet wurde. Hitler vergißt auch zu sagen, daß in den Jahren 1926 bis 1930, als die Sozialdemokraten einen erheblichen Einfluß auf die Staatsführung ausübten, die Gewerkschaften mit Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei der Arbeiterschaft einen erfreulich hohen Lebensstandard sichern konnten. Im Gegenteil, alles was gewesen ist, muß heruntergerissen werden. Obwohl von den 14 Jahren der Nachkriegszeit die Sozialdemokratie nur 58 Monate, also noch nicht 5 Jahre, in der Regierung war, worin sie, mit Ausnahme der wenigen Monate nach 1918, niemals eine Mehrheit hatte, wird ihr alles Unangenehme, was die Nachkriegszeit brachte, als Schuld zugemessen.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Kollegen der eingetretenen Entwicklung und damit der Gefahren für die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bewußt werden. Es geht jetzt um Biegen oder Brechen. Der Faschismus ist in Deutschland auf legale Weise zur Macht gekommen. Diese Macht soll nunmehr, so hofft die Regierung, durch das zustimmende Votum der Mehrheit

Der deutsche Fürsorgestaat

Jahrzehntlang hat Deutschland in der Welt den Ruf genossen, das auf dem Gebiet der Sozialpolitik führende und beispielgebende Staatswesen zu sein. Namentlich auch der Aufbau und Ausbau der Sozialpolitik nach dem Kriege hat die Anerkennung, teilweise die Nachahmung des Auslandes gefunden; gerade in der letzten Vergangenheit waren es sogar die der staatlichen Sozialpolitik früher sehr abgeneigten Vereinigten Staaten, die durch Kommissionen die Einrichtung der deutschen Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, studierten, um

der Wählerschaft gestützt und untermauert werden. Das Volk soll sich am 5. März für das faschistische Experiment entscheiden. Was die Gewerkschaften in 50 Jahren aufgebaut und an sozialen Rechten errungen haben, was die Sozialdemokratie für Freiheit, Arbeit und Frieden geleistet hat, all das soll jetzt rücksichtslos beseitigt werden. Der ganze Stoß des Faschismus richtet sich

gegen die Arbeiterklasse.

Es war ein Schauspiel für Götter zu lesen, mit welchen Jubelhymnen die großkapitalistischen Blätter die Proklamationen des Führers einer angeblichen Arbeiterpartei unterstrichen. Die Unruhen im Lande, das freche Auftreten der Privatarmee Hitlers, die zahlreichen Toten und Verletzten der letzten Wochen deuten darauf hin, daß in Deutschland jetzt ein Regiment der einseitigen faschistischen Parteiherrschaft rücksichtslos eingeführt werden soll. Demonstrationen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurden verboten. Aber ein im Gemenge erschossener SA-Mann wurde auf Staatskosten mit großem Pomp beerdigt. Eine Ironie des Schicksals, daß dieser so verherrlichte Märtyrer einer Partei, die das Deutschtum gepachtet zu haben glaubt, einen polnischen Namen trug.

Wir treten in einen Wahlkampf ein, der von der Gegenseite mit Hilfe der staatlichen Machtmittel geführt wird. Dieser mit Brutalität geführte Wahlkampf richtet sich einzig und allein gegen die Freiheit der Arbeiterklasse. Der Hand- und Kopfarbeiter soll wieder zum stummen und rechtlosen Untertan gemacht werden. Von Arbeiterrechten, Arbeiterschutz und ähnlichem wird wahrscheinlich bald nicht mehr gesprochen werden können. Die Pläne zur Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums reden hier eine deutliche Sprache. Die Kollegen werden aber, wenn sie dies erkennen, mit um so größerer Energie den Wahlkampf führen und die Pläne der geeinigten Reaktion zu schanden machen. **Der 5. März ist ein Schicksalstag für Deutschland, gestaltet ihn zu einem Wendepunkt für den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse!**

für ihr eigenes Land Grundlagen einer sozialpolitischen Gesetzgebung zu gewinnen.

Aber während noch das Ausland auf der großen Leistung der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung aufzubauen sucht, gewinnen in Deutschland mehr und mehr die Kräfte die Oberhand, die das bisherige sozialpolitische System verleugnen, ja, die sogar gegen dies System die Anklage erheben, Ursache des wirtschaftlichen Niederganges zu sein. Während im Ausland die bemerkenswerte Ruhe und Geduld, mit der die von der Wirt-

schaftsnot am schwersten getroffenen Volkskreise ihr Schicksal ertragen, gerade mit den mildernden Maßnahmen der deutschen Sozialversicherung erkämpft wird, ist man in Deutschland dabei, die sozialen Leistungen in

unerträglichem Ausmaß abzubauen

und die Grundlagen des Systems der sozialen Versicherung zu zerstören. Dies alles geschieht unter der primitiven Parole, daß ein armes Land sich den Luxus einer fortschrittlichen Sozialpolitik nicht mehr leisten könne und daß die Wirtschaft durch die sozialen Ausgaben erdrosselt werde. Warnend weist man auf die Milliardensummen des deutschen Sozialstaats hin und versucht den Eindruck zu erwecken, als wenn diese Ausgaben als reine Verluste der Volkswirtschaft für unnötige und unproduktive Zwecke verschwendet würden.

Man könnte demgegenüber einwenden, daß, ganz abgesehen von allen sozialen Rücksichten, ein Staat, der seine staatliche und wirtschaftliche Ordnung aufrechterhalten will, sich gewisser Verpflichtungen gegenüber Arbeitslosen, Kranken und Invaliden nicht entledigen kann, und daß darum solche Ausgaben, selbst wenn sie als Verluste anzusehen wären, unerlässlich sind. Aber weiterhin ist ja festzustellen, daß es sich gerade bei den Leistungen der Sozialversicherung in der Tat um nichts anderes handelt, als um eine ganz bestimmte

soziale Verteilungsordnung.

Es wird nämlich der Sozialbeitrag vom Lohn abgezweigt, um an Arbeitnehmer, die besonderen Notständen ausgesetzt sind, verteilt zu werden; im übrigen aber gehen die Sozialleistungen genau den gleichen Weg, den auch die Löhne gehen, sie wandern nämlich dem Verbrauch zu.

Alle diese Erkenntnisse sind nicht neu, aber es scheint, als wenn sie bis in die heute regierenden Kreise noch nicht gedrungen oder aber dort wieder vergessen worden seien.

Gilt aber schon allgemein, daß der Sozialaufwand in Deutschland keineswegs etwa mit nutzloser Verschwendung gleichgesetzt werden kann, so läßt sich noch weniger die Behauptung rechtfertigen, daß etwa die Sozialleistung im Einzelfalle als unangemessen hoch zu betrachten wäre. Die durchschnittliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung in der sogenannten Arbeitslosenversicherung beträgt heute noch etwa ganze 41 Mark pro Monat. Darin sind noch die Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen und zur Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaften in der Rentenversicherung mit einbegriffen. Die nach Ablauf der sechsten Bezugswoche einsetzende Hilfsbedürftigkeitsprüfung vermindert den Durchschnittssatz noch weiter, indem sie alle in den höheren Lohnklassen bewilligten Unterstützungen auf den Richtsatz der Gemeinde herunterdrückt. Andererseits liegen viele Lohnklassenunterstützungen — man kann getrost schätzen ungefähr die Hälfte aller in der Versicherung gezahlten Unterstützungen — unter den

Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge.

In der Invalidenversicherung beträgt die Durchschnittsrente heute monatlich 30 Mark. Ein großer Teil der Invalidenrentner kann das nackte Leben nur dadurch erhalten, daß er noch eine bescheidene Zusatzunterstützung aus der kommunalen Fürsorge bezieht. In der Unfallversicherung werden Renten für Beschädigungen unter 25 % überhaupt nicht mehr gewährt; die auch für die Bemessung der Teilrenten maßgebende Vollrente ist auf 61 % des Jahresarbeitsverdienstes gesenkt worden.

In der Krankenversicherung ist die Inanspruchnahme von Arzt und Medikamenten durch die bekannte Fünzig-Pfennig-Gebühr erschwert und das Krankengeld grundsätzlich auf 50 % des Lohnes gesenkt worden.

Niemand wird behaupten können, daß das etwa übertriebene Leistungen seien, zumal wenn man berücksichtigt, daß zur Finanzierung dieser Leistungen ungefähr

20 % des Lohnes

in Anspruch genommen werden, wenn man den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil berücksichtigt. Denn in der Arbeitslosenversicherung, in der die Ansprüche am gewaltigsten reduziert sind, beträgt der Beitrag allein 6 1/2 %, wozu noch durchschnittlich 1 1/2 % Abgabe zur Arbeitslosenhilfe hinzukommen, in der Invalidenversicherung 5 %, in der Krankenversicherung 5 bis 6 % und in der Unfallversicherung etwa 2 %.

Die ungeheuren Opfer, die die soziale Not heute erfordert, bringt demnach die Arbeitnehmerschaft zum großen Teil durch ihre eigenen solidarischen Leistungen; es ist daher der ungerechteste Vorwurf, wenn man gerade sie als Nutznießer der „Staatsfürsorge“ bezeichnet. Daß die Arbeitnehmerschaft sogar weit über den Rahmen der Sozialversicherung hinaus heute mit ihren Beiträgen zur Stützung der Staatsfinanzen beiträgt, beweist besonders drastisch das Beispiel der Arbeitslosenversicherung, deren Beitrags-

aufkommen zu mehr als der Hälfte heute vom Reich in Anspruch genommen und für die

Finanzierung der Krisenfürsorge

verwandt wird. Die Einführung der Arbeitslosenabgabe und ihre Einziehung durch die Krankenkassen ist damit begründet worden, daß der Sozialbeitrag stets „besonders gut eingehe“ und daß er darum einer Steuer vorzuziehen sei. Selbstverständlich spielt für die Regierung eine mindestens ebenso große Rolle die Erwägung, daß diese Sozialsteuer eben nur den Arbeitnehmer (im Falle der Arbeitslosenabgabe auch den Beamten) trifft und daß sie grundsätzlich auch die kleinsten Einnahmen ergreift.

Aus diesem Grunde haben die deutschen Arbeiter und Angestellten alle Ursache, sich die unerhörten Angriffe gegen die Sozialpolitik zu verbitten, die gerade von jenen Kreisen ausgehen, die selbst hemmungslose Nutznießer öffentlicher Unterstützung sind und die ihre historische Schuld an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von sich auf das System der deutschen Sozialpolitik abzuwälzen suchten. Es wird im Gegenteil alsbald die Frage aufzuwerfen sein, ob das außerordentliche Opfer des Sozialbeitrages von den Arbeitnehmern noch länger getragen werden kann, wenn die im Rahmen der Sozialversicherung gewährten Leistungen sich kaum mehr von jenen der öffentlichen Fürsorge unterscheiden, die ohne Voraussetzung einer Beitragsleistung schlechthin für jeden Hilfsbedürftigen einzutreten hat. Namentlich in der Arbeitslosenversicherung wird in nächster Zeit eine Entscheidung darüber zu treffen sein, ob die Regierung den Versicherungscharakter dieser Einrichtung wieder herstellen will, oder ob sie sich auf eine Arbeitslosenfürsorge beschränken zu können glaubt, womit alsdann allerdings auch jede Berechtigung zur Erhebung von 8 % Beitrag entfallen würde.

In eine Prüfung der Einzelfragen entsprechend Ziffer II des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programms einzutreten, mit dem Ziel, eine internationale Abmachung zustande zu bringen, deren Durchführung so zu gestalten ist, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ermöglicht wird.“

Für diese Resolution stimmten 19 Arbeitervereine und ein Arbeitgebervertreter (Italien), dagegen 20 Arbeitgebervertreter und zwei Regierungen (Großbritannien und Portugal).

Mit diesem Beschluß ist der wichtigste Schritt getan. Noch ist das Ziel nicht erreicht, hingegen eine Etappe, bei der es kein Zurück mehr gibt.

Die noch zur Verfügung stehenden vier Monate bis zur Internationalen Arbeitskonferenz müssen nunmehr ausgenutzt werden, um die Aktion zugunsten der Vierzig-Stunden-Woche auf ihren Höhepunkt zu treiben, nicht zuletzt, um die einzelnen Staaten, die jetzt noch nicht der Konvention zugestimmt haben, dafür zu gewinnen, aber auch, um die Nationen, die sich bereits zugunsten der Konvention ausgesprochen haben, zur energischen Verteidigung ihrer einmal eingenommenen Stellung zu zwingen!

RGO.-Hetzer langjähriger Nazi

Es ist nicht das erstmal, daß sich hyperradikal Gebärdende später als Spitzel entlarvt werden. Richtig ist auch, daß die KPD. des öfteren Spitzel in ihren Reihen hat; in letzter Zeit besonders solche aus dem nationalsozialistischen Lager. In Hannover gelang es dieser Tage, einen dieser Provokateure zu entlarven.

In der städtischen Lagerbierbrauerei war ein eifriger RGO.-Funktionär beschäftigt, der dauernd die radikalsten Phrasen drosch und in einer kommunistischen Betriebszeitung fortgesetzt den Betriebsrat und die Verbandsleitung mit erlogenen Gemeinheiten anpöbelte. Als es der Belegschaft zu bunt wurde, beschloß sie in einer Betriebsversammlung, nicht mehr mit diesem Kerl zusammenzuarbeiten. Die Direktoren schloß sich dem Wunsch ihrer Belegschaft an und erklärte dem Spitzel, daß er nicht weiterbeschäftigt werde. Tags darauf erschienen bei der Betriebsdirektion zwei Beauftragte der NSDAP. und verlangten die Wiedereinstellung ihres Mitgliedes. Es stellte sich heraus, daß der Lump bereits seit anderthalb Jahren Mitglied der NSDAP. war und, wie er selbst zugab, bei der RGO. als Spitzel wirkte. Unter dem Druck des Eingeständnisses dieses Spitzels gab schließlich auch die RGO. zu, daß der Entlarvte die Schmutzartikel in ihrer Betriebszeitung verfaßt hatte.

Die Klage auf Wiedereinstellung, die der entlassene RGO.-Nazi beim Arbeitsgericht anstregte, wurde abgewiesen. Der Vorfall zeigt, wie vorsichtig die Arbeiter gegenüber radikalen Phrasendreschern in den Betrieben sein müssen.

Aufsichtsrat Leipart-Papen

Die „Rote Fahne“ glaubt etwas enthüllen zu können. Dem sensationslüsternen Blatt ist eine alte Aufsichtsratsliste der Hannoverschen Bodenkreditbank in die Hände gefallen aus der Zeit, da Herr v. Papen in der deutschen Politik noch keine Rolle spielte. Daß die Arbeiterbank die Beteiligung an der genannten Hypothekenbank vor Jahren nicht erworben hat, um die ihr anver-

trauten Gewerkschaftsvermögen „für kapitalistische Geschäfte“ zu verwenden, sondern um unsern Baugenossenschaften zu angemessenen Bedingungen Hypotheken für den Bau von Arbeiterwohnungen zu verschaffen, wird die „Rote Fahne“ wohl nicht begreifen können. Aber daß Herr v. Papen längst, ehe ihm selbst sein späteres Glück geträumt haben dürfte, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, wird sie dies ihren Lesern der Wahrheit zuliebe mitteilen?

Wird sie weiter richtigstellen, daß die Treuhänder der Arbeiterbank im Aufsichtsrat noch nie einen Pfennig Tantieme bezogen haben?

Minister Hugenbergs Machtfülle

Seit vielen Jahren war der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, der politische Sachverwalter der extremsten Richtung des Unternehmertums. In ihm verkörpert sich der Reaktionär alter Schule. Ehemaliger Generaldirektor der Firma Krupp, leitete er davon die Befugnis her, über Wirtschaft und sozialpolitische Dinge ein fachmännliches Urteil abgeben zu können. Nun hat dieser Mann im Kabinett Hitler das Reichsernährungsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das preußische Landwirtschaftsministerium übertragen bekommen. Er hat also das Hexeneinmaleins fertiggebracht: Aus drei mach eins! Das Reichsarbeitsministerium hat der bekannte Stahlhelmführer Seldte übernommen. Es ist das erstmal, daß ein Unternehmer zum Minister der Sozialpolitik geworden ist. Doch steht es noch nicht fest, inwieweit das Reichsarbeitsministerium in seiner heutigen Form bestehen bleibt. Es war beabsichtigt, die Fragen des Arbeits- und Tarifrachts vom Reichsarbeitsministerium loszutrennen und sie als besondere Abteilung Hugenberg zu unterstellen. Der Protest, der deshalb im Lande anhub, hat die Regierung von der Verwirklichung dieses Planes abgehalten. Man merkt deutlich, daß man bis zur Wahl einen derart folgenschweren Schritt zu unterlassen gedenkt. Aber die

Lieblingsidee Hugenbergs,

auch das Reichsarbeitsministerium mit in seinen Machtbereich einzubeziehen, ist dadurch noch nicht aufgegeben. In den bisherigen Regierungen hatten die drei großen Berufsstände Industrie und Handwerk, Landwirtschaft, und Arbeiter und Angestellte ihre Vertretungen in entsprechenden Ministerien. Jetzt hat Hugenberg die Aufgabe übernommen, als Alleinherrscher die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen. Man bedenke, daß Hugenberg der Vertreter der extremen Richtung nicht nur in sozialpolitischen Dingen ist. Er war auch der Vertreter der Idee der Kontingierungspolitik, der Autarkie und der einseitigen Unterstützung der Landwirtschaft. Er ist auch der Urheber von den gewaltsamen Eingriffen in das Zinsproblem. Die Börse hat darauf mit einer großen Baissebewegung reagiert. Mag er die Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums übernehmen oder nicht, er wird dennoch infolge seiner Machtfülle die Sozialpolitik weitgehend beeinflussen. Die „Bergwerks-Zeitung“ sprach es kürzlich deutlich aus, daß erfreulicherweise in der neuen Regierung eine Arbeitsteilung eingetreten sei. Die Nazis beherrschen die Innenpolitik und setzen sich hier mit aller Rücksichtslosigkeit durch, und die Scharfmacher vom Schlage Hugenbergs sind die Gebieter über Wirtschaft und Arbeit. Das arbeitende Volk Deutschlands wird also von zwei Seiten in die Zange genommen. Was dabei herauskommt, kann man sich denken. Wenn der Widerstand nicht schnell und rasch einsetzt, gehen wir einer restlosen politischen und wirtschaftlichen Versklavung entgegen. Das ist das Resultat der neuen Umwälzung in Deutschland.

Vierzigstundenkonvention gesichert

Von W. Schevenels, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Als sich die allgemeine Diskussion der in Genf abgehaltenen Vorbereitenden Technischen Konferenz zur Besprechung der Frage der Vierzig-Stunden-Woche ihrem Ende näherte, nachdem sie manche gefährliche Klippe zu überwinden hatte, richtete der Vorsitzende der Konferenz, Professor Mahaim, sowie der Direktor des IAA., Butler, und der Vorsitzende der Arbeitergruppe, Mertens, eine letzte Mahnung an die Konferenz. Butler schloß sich in seinen Ausführungen einer Stellungnahme an, die Jouhaux und Mertens im Namen der Arbeitergruppen von allem Anfang an vertreten hatten: „Wenn die Delegierten glauben, daß das Problem vertagt werden soll, so werden wir wissen, woran wir uns zu halten und in welchem Sinne wir unsere Aktion zu gestalten haben!“

Schließlich lautete die Antwort erfreulicherweise zugunsten der Arbeitszeitverkürzung und damit zugunsten einer allgemeinen internationalen Konvention, und doch muß für jetzt und später festgehalten werden, daß die Unternehmer insgesamt auch in diesem Augenblick auf ihrem starren Nein beharren. Mehr als 100 Millionen hungernde Menschen genügen nicht, um die Unternehmer zur Bejahung eines nachgewiesenermaßen tauglichen Versuchs zur Milderung der Leiden dieser Menschen zu bewegen, was um so schwerwiegender ist, als die Unternehmer diesen unglücklichen Menschen keinen Gegenvorschlag als jenen des Weiterhungerens zu machen haben!

Die ursprünglich von der Arbeitergruppe unterbreitete und mit 21 gegen 32 Stimmen abgelehnte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Bei der Beratung über den Entwurf eines Übereinkommens über die Vierzig-Stunden-Woche ist von dem Grundsatz auszugehen, daß die Wochenlöhne und die Monatsgehälter durch

die sich aus der Annahme und Durchführung eines solchen Übereinkommens ergebende Kürzung der Arbeitszeit nicht gesenkt werden dürfen.“

Für diese Resolution stimmten alle Arbeitervereine und zwei Regierungsvertreter (Schweden und Spanien). Dagegen alle Unternehmervereine. Ferner sind 17 Enthaltungen zu melden. Hier muß unterstrichen werden, daß auch der italienische Regierungsvertreter und der italienische Arbeitgebervertreter gegen diesen Antrag stimmten. Nicht Agnelli (Direktor der Fiat-Werke), dessen Name in der ganzen Welt wegen seines entschlossenen Eintretens für Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich bekannt wurde, ist von Mussolini nach Genf entsandt worden, sondern Olivetti! Italien stimmte nicht für die Resolution der Arbeitergruppe, als es galt, ohne Kompromiß das zu tun, dessen man sich vor der Welt brüstete.

Die zur Annahme gelangte Resolution, die, wenn auch in „diplomatischer“ Form, das entscheidende Prinzip des Entschlusses der Arbeitergruppe übernimmt, lautet wie folgt:

„Die Konferenz ist nach Kenntnisnahme der verschiedenen für und gegen eine Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Gründe der Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie beschließt daher,

Rüstet zu den Wahlen!

Für die Reichstagswahl am 5. März gibt es nur eine Parole für alle Kollegen:

Fort mit der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung!

Bereitet den Volks- und Arbeiterfeinden, den Vertretern der Großagrarier und Schwerindustrie, eine entschiedene Niederlage.

Auch bei der preussischen Landtagswahl muß die schwarzbraune Koalition entscheidend geschlagen werden.

Notverordnung der Hitler-Regierung

Die erste von der jetzigen Reichsregierung erlassene Notverordnung unter dem Titel: „Zum Schutze des deutschen Volkes“ zerfällt in vier Abschnitte und bringt scharfe Einschränkungen des Versammlungs- und Pressewesens. Sie ist so dehnbar in ihren Bestimmungen, daß die Behörden weitestgehende Vollmachten haben. Der Presse sind besonders scharfe Zügel angelegt worden. So heißt es unter anderem im § 9 der Verordnung:

Periodische Druckschriften können verboten werden,

1. wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird;

2. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird;

3. wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden;

4. wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird;

5. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

6. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

7. wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden.

Für die Gewerkschaftspresse ist besonders der Absatz 4 von Bedeutung; er kann zu einem gefährlichen Fallstrick für sie werden. Was ist zum Beispiel ein lebenswichtiger Betrieb? Eine Definition besteht darüber nicht, unserer jetzigen Regierung aber ist zuzutragen, daß sie den Begriff sehr weit auslegt. Und dann noch ein Wort zum Absatz 5. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte dürfen nicht beschimpft werden. Wie hat gerade die nationalsozialistische Presse früher von der Schimpffreiheit in nicht zu überbleibendem Ausmaße Gebrauch gemacht. Niemand wurde verschont, selbst der Reichspräsident blieb nicht ungeschoren. Aber mittlerweile ist Hitler Reichskanzler geworden und seine Freunde Minister. Und nun wehe dem, der etwa in gleicher Weise wie es die Nazipresse früher tat, an ihnen Kritik übt. Ja, Bauer, das ist ganz was anderes.

Schutzgarde des Kapitalismus

R. N. Coudenhove-Kalergi, ein österreichischer Schriftsteller, gab im Panoeuropa-Verlag ein Werk „Los vom Materialismus“ heraus, dem wir folgende, die heutigen Verhältnisse gut charakterisierende Stellen entnehmen:

Trotz ihrer Macht bilden die Reichen eine sehr kleine Minorität (Minderheit). Dies ist gefährlich in einem System, das nur auf Quantität begründet ist. — Die große Mehrheit der Wähler ist arm. Sie braucht sich nur zusammenschließen, um im Parlament jene qualifizierte Mehrheit zu erringen, die notwendig ist, um die Verfassung zu ändern, den Privatbesitz zu enteignen, zu verstaatlichen oder unter sich zu verteilen. Wenn die politische Entwicklung sich selbst überlassen bliebe, wäre die Verwirklichung dieses Programms nur eine Frage der Zeit.

Durch die Ueberzahl der Armen wäre Demokratie und Sozialismus längst identisch.

Die kapitalistische Politik setzt darum alle ihre Machtmittel ein, diese natürliche Entwicklung zu verhindern, um ihren Besitz und ihre Stellung zu behaupten...

In manchen Staaten, in denen trotz der kapitalistischen Presse die Gefahr einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit besteht, sichert sich der Kapitalismus gegen die Gefahr der Enteignung durch den Unterhalt von Söldnerheeren, die mit nationalsozialistischen Schlagworten gefüttert und zusammengehalten, nicht dem Kriege dienen, sondern der Möglichkeit des Bürgerkrieges. Diese Söldnerheere, die als patriotische Vereine organisiert sind, sollen im Moment einer akuten sozialistischen Gefahr den Parlamentarismus stürzen und durch eine bürgerliche Diktatur ersetzen. Das italienische Beispiel beweist, daß dies möglich ist.

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Darmstadt. Rechenkünstler. Die Maler-, Lackierer- und Weißbindervereinigung konnte am 2. Februar auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken. In ihrer Satzung steht an erster Stelle die Pflege des Gemeinwohl, Wahrung der Standesehre usw. Wie wenig auch heute, nach 30jähriger Wirksamkeit, davon zu merken ist, zeigen die Angebote für die Malerarbeiten am städtischen Schlachthof. 22 Firmen bewarben sich um die Arbeit. Das Höchstangebot war 2785 M, dann 1900 M, 1600 M, 1400 M, 1300 M, 1100 M in runden Zahlen. Der billigste Anbieter wollte die Arbeit aber schon für 694 M machen. Ausgeführt wird die Arbeit von einer Firma, die 1025 M verlangte. Die Stundenlöhne, die von den einzelnen Geschäften eingesetzt waren, schwankten zwischen 70 ¢ und 1,40 M. Der Tariflohn beträgt 92 ¢ die Stunde.

Das Ganze heißt dann: Hebung des Handwerks.

Koblenz. Unsere Generalversammlung am 29. Januar war erfreulicherweise auch von einer größeren Anzahl Jungkollegen besucht. Diese jungen Kollegen haben aus der Versammlung sicherlich manche nützliche Anregung mit nach Hause genommen; wir hoffen, daß wir sie auch in Zukunft zu eifrigen Versammlungsbesuchern zählen können. Der von dem Vorsitzenden, Kollegen Adam Maurer, und dem Kassierer, Kollegen Anton Roß, erstattete Geschäfts- und Kassenbericht ließ erkennen, daß in der Berichtsperiode in der Filiale Koblenz trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit eine Summe erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit für die Kollegen geleistet worden ist. Im Januar und im Mai mußten mit der

Innung Lohnverhandlungen geführt werden, wobei sich zeigte, daß die Koblenzer Maler- und Anstreicher-Innung mit ihren Lohnabbauforderungen nicht hinter den Forderungen des Reichsbundes zurückbleiben wollte. Doch war es immerhin möglich, sowohl im Januar wie auch im Mai ein örtliches Lohnabkommen zu vereinbaren und so einen tariflosen Zustand zu vermeiden. Der tarifliche Stundenlohn wurde zuletzt auf 90 ¢ festgesetzt. — Im Winter 1931/32 wie auch im jetzigen Winter wurde mit gutem Erfolg mit Unterstützung des Arbeitsamtes ein beruflicher Fortbildungskursus für jugendliche erwerbslose Kollegen durchgeführt. Die Mitgliederzahl der Filiale ist im vergangenen Jahre von 146 auf 123 zurückgegangen. Inzwischen hat der Filialvorstand eine allgemeine Werbeaktion eingeleitet, die bereits sieben Neuaufnahmen gebracht hat und für die nächste Zeit weitere Erfolge erhoffen läßt. An Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung wurden 307,60 M zur Auszahlung gebracht. Die Berichte wurden beifällig aufgenommen. Bei der nachfolgenden Neuwahl wurde die seitherige Filialverwaltung mit geringer Aenderung in ihrem Amt bestätigt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Karbach, der gleichzeitig auch zum Jugendleiter bestimmt wurde, neu gewählt.

Bezirksleiter Kollege Auth zeigte sodann in seinem Referat über unsere nächste Verbandsarbeit, welche gewaltige Arbeit die Gewerkschaften in der jetzigen Krisenzeit zu leisten gezwungen sind. Die durch reaktionäre Regierungen hervorgerufenen Experimente in der Sozialgesetzgebung und die nicht abreißen den Notverordnungen

haben auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge, dem Tarif- und Arbeitsrecht nicht nur ungeheure Verschlechterungen für die Arbeiterschaft, sondern auch Verwirrung und Unsicherheit in der Gesetzgebung gebracht, wodurch den Gewerkschaften ihre Arbeit zur Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft außerordentlich erschwert wurde. Das Unternehmertum, gestärkt und gestützt durch die politische Reaktion, sucht die Notlage der Arbeiterschaft zu seinem Vorteil auszunutzen. Das Schwergewicht des Arbeiterkampfes ruht jetzt, nachdem der politische Einfluß der Arbeiterschaft im Staat zurückgedrängt und ausgeschaltet worden ist, auf den wirtschaftlichen Machtfaktoren der Arbeiterschaft, das sind die Gewerkschaften. Kollege Auth forderte zum Schluß zur gewerkschaftlichen Aktivität, zur Werbung für unsern Verband, zur Festigung des Vertrauens der Mitglieder und zum Ausbau des Verbandes zu einem festen Bollwerk im Interesse der Kollegen auf. In der jetzigen Zeit dürfe für Mutlosigkeit und Fatalismus kein Platz in unsern Reihen sein, denn nur durch Mut und Selbstvertrauen und aktives Handeln würde es der Arbeiterklasse gelingen, die Klassenfront des Unternehmertums zurückzudrängen und den Einfluß der Arbeiterschaft wieder zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne müsse auch die Kollegenschaft der Filiale Koblenz im Jahre 1933 mithelfen.

Nordhausen. Submissionsblüten. Bei der Vergebung von Malerarbeiten im städtischen Schlachthof durch die Stadtverwaltung gingen insgesamt fünf- undzwanzig Angebote hiesiger Handwerker ein. Während das billigste Angebot auf 402,50 M lautete, forderte einer der Bewerber 2645 M für die Arbeit.

Für die Entrostung und Reinigung eines Kubikmeters Eisen wurden von einem Bewerber 10 ¢, von einem anderen 2,80 M gefordert. Für das Strelchen eines Quadratmeters einer Wand mit vorgeschriebener Farbe wollte ein Handwerker 50 ¢ haben, während ein anderer die Arbeit nicht unter 1,80 M ausführen wollte.

Das ist Konkurrenzkampf in Reinkultur!

Nürnberg. Alte Sitten! — Alter Brauch! Kürzlich fand auf dem Westfriedhof zu Nürnberg eine seltene Beerdigung statt. Viele Menschen blieben stehen und machten verwunderte Augen ob des sich ihnen bietenden Bildes. Es ging ein Flüstern und Raunen durch ihre Reihen und ein Fragen begann, sind es Maurer, Stukkateure oder ist es gar eine Studentenverbindung? Aber es waren nur die Maler, die einem ihrer verstorbenen Kollegen die letzte Ehre in ihrem Ehrenkleid der Arbeit, der weißen Montur, gaben. Da die Filiale Nürnberg von der aufgelösten Tüncherzunft das alte Bahrtuch, die Fahnen und verschiedene andere Utensilien übernahm, fand diese Beerdigung in althistorischem Stil statt. Voran schritt ein Bannerträger mit dem Banner aus dem Jahre 1889, begleitet von vier Kerzenträgern aus Holz mit Goldschildchen, die die Jahreszahl 1664 tragen, dann folgte der Sarg, bedeckt mit dem aus dem 16. Jahrhundert stammenden Bahrtuch und begleitet von sechs jungen Kollegen. Es war ein feierlicher Aufzug, wie diese elf Kollegen mit ihrem weißen Arbeitskleid und umhängender schwarzer Schärpe daherschritten. Mochte mancher Spießer sich auch darüber aufregen; wir sind der Meinung, daß es gerade in diesen schlimmen Zeiten ganz recht ist, wenn unsere verstorbenen Kollegen auf diese schlichte Art und Weise bestattet werden.

Es wurde beschlossen, in Zukunft allen unsern Kollegen so die letzte Ehre zu erweisen. Gewiß, die Zeiten der Zünfte sind längst dahin, aber wir wollen alte Zeremonien mit neuem Geiste erfüllen und auch dadurch für unsern Verband werben.

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg

Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes!

Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbands

(Zählungsergebnis vom 28. Januar 1933)

Monat	Es berichteten Filialen			Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats			Arbeitslose am Schlusse der letzten Woche des Monats			Auf je 100 Vollmitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche		
	1931	1932	1933	1931	1932	1933	1931	1932	1933	1931	1932	1933
Januar.....	166	171	168	53 977	49 825	42 577	36 133	39 329	34 906	77,8	89,7	90,1
Februar.....	172	166	—	56 468	49 027	—	36 890	38 462	—	76,3	89,1	—
März.....	161	164	—	55 058	49 781	—	31 926	36 707	—	67,9	83,8	—
April.....	160	160	—	55 447	45 951	—	28 714	31 838	—	60,5	77,9	—
Mai.....	163	162	—	55 761	46 346	—	26 441	31 569	—	55,4	76,8	—
Juni.....	152	159	—	51 968	47 524	—	25 106	33 274	—	56,6	79,0	—
Juli.....	160	156	—	53 737	45 573	—	28 286	32 557	—	60,3	79,0	—
August.....	161	163	—	53 034	45 634	—	31 776	33 394	—	68,9	81,0	—
September.....	160	158	—	53 226	45 462	—	33 539	33 089	—	72,4	80,6	—
Oktober.....	167	162	—	51 243	41 955	—	35 244	31 193	—	79,4	81,9	—
November.....	166	165	—	51 171	43 548	—	37 620	33 707	—	84,8	85,1	—
Dezember.....	169	168	—	51 046	43 235	—	39 136	35 207	—	88,4	89,7	—

Ende 1932 waren 81,4 % der Gesamtmitglieder oder 89,7 % der Gehilfenmitglieder erwerbslos. Im Laufe des Monats Januar ist die Zahl der beruflichen Arbeitslosen auf rund 82 v. H. der Gesamtmitgliedschaft oder — bei Abrechnung der 3838 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge — auf 90,1 vom Hundert der Gehilfenmitglieder gestiegen. Damit ist ein Höhepunkt erreicht, der wohl nicht mehr zu überbieten ist und unser Gewerbe mit der Arbeitslosigkeit zweifellos auch jetzt noch an der Spitze aller Berufe

stichtag für die nächste Erhebung ist der 25. Februar. Die Berichtskarten müssen spätestens am 5. März an den Hauptvorstand abgesandt, das heißt, zur Post gegeben sein.

marschieren läßt. Zu den Vollerwerbslosen kommen noch 1588 männliche und 13 weibliche, zusammen 1601 oder weitere 3,8 % der Gesamtmitglieder, die zwar beschäftigt, aber auf Kurzarbeit gestellt sind. Die Arbeitszeit ist verkürzt für 1044, davon 1 weibliche Beschäftigte, bis zu 8 Stunden, für 272 männliche und 6 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 206 männliche und 6 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 67 männliche Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche.

GEWERK-SCHAFTLICHES

Zwei führende Gewerkschafter gestorben

Am 25. Januar verstarb das Vorstandsmitglied des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes **Richard Meier**. Der Verstorbene war von Beruf Brauer. Er schloß sich als junger Geselle bereits seiner Berufsorganisation an, für die er in vorbildlicher Weise wirkte. Auch politisch ist Meier stark hervorgetreten, und so wurde er auch in den Reichstag gewählt. Die Arbeiterbewegung verliert in Meier einen guten Berater und vorbildlichen Kämpfer.

Im 67. Lebensjahre verstarb der frühere langjährige Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, **Emil Girbig**. Im Jahre 1892 kam er zum Glasarbeiterverband, 1897 wurde der Verstorbene zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Ein Führertalent stand an der Spitze. Rasch gelang es Girbig, der auch mit großer Rednergabe ausgestattet war, die damals sehr daniederliegende Organisation zu festigen. Unter unendlichen Schwierigkeiten, aber mit nie ermüdender Kraft und Ausdauer hat Girbig Jahrzehnte für die Glasarbeiter gewirkt und sich, nicht zuletzt auch durch seine gütige menschliche Art, die Liebe und Freundschaft von vielen Tausenden seiner Berufsgenossen gewonnen.

Auch in der internationalen Glasarbeiterbewegung hatte Girbigs Name einen guten Klang.

In unzähligen Versammlungen hat er für die Sozialdemokratie gekämpft. Das Vertrauen der Wähler sandte ihn in die Nationalversammlung und später in den Reichstag, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1928 angehörte.

SOZIALPOLITIK

Das Tarifsystem ist schuld

In der schwerindustriellen DBZ. Nr. 6 poltert die bekannte Industrielle Rosterg neben andern über die Sozialpolitik. Zitieren wir aus diesem Artikel folgende Sätze: „Die Wolle, die für einen Anzug gebraucht wird, kostet höchstens 6 M. Die andern Rohmaterialien, die zu dem Anzug gebraucht werden, kosten etwa 1 M., so daß das Rohmaterial im ganzen 7 M. kostet. Dabei kostet beim Schneider ein Anzug aber 100 M., und ein besonders guter sogar 150 M. Trotzdem gehen die Schneider, die diese Anzüge machen, der Reihe nach bankrott. Solche Beispiele könnte man tausende anführen. Das liegt eben an dem Tarifsystem, das uns zugrunde gerichtet hat und das beseitigt werden muß, wenn es uns wieder besser gehen soll.“

Wir möchten den Anzug sehen, dessen Rohmaterialien 7 M. kosten. Ganz abgesehen davon, daß heute der Macherlohn für einen Anzug wesentlich niedriger ist, und die große breite Masse Anzüge trägt, die nicht über 50 oder 60 M. liegen, ist diese Auslegung eines Scharfmachers aber bezeichnend dafür, wie man gegen das Tarifsystem zu hetzen bemüht ist. Dabei ist dieses System nur ein Schutz zur Verhinderung der vollständigen Verelendung der Arbeiterklasse.

Arbeitszeitverkürzung gegen technologische Arbeitslosigkeit

Das Internationale Arbeitsamt zeigt in einem Bericht über „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“, in welchem Ausmaß die Maschine in den letzten Jahren die Handarbeit zu verdrängen vermochte. In der Glasindustrie ist eine Owens-Maschine, die von 9 Arbeitern bedient wird, an die Stelle von 80 bis 90 Handarbeitern getreten. Sie erzeugt 15 000 bis 35 000 Flaschen in 24 Stunden. Ein Handarbeiter stellt 250 Bierflaschen in 8 Stunden her, während die Owens-Maschine in der gleichen Zeit 8000 Flaschen erzeugt. Bei der Erzeugung von elektrischen Glühlampen (40 Watt)

leistet die automatische Maschine bis zum 31fachen der Handzeugung. In der ganzen Welt hat die allgemeine Erzeugung elektrischer Kraft von 1925 bis 1930 um 37 % zugenommen. Man schätzt die Summe der mechanischen Triebkraft auf 1 Billion 700 Milliarden Kilowatt. Die 900 auf den Kopf der Erdbevölkerung entfallenden Kilowatt entsprechen ungefähr dem zehnfachen Kraftaufwand, den ein starker Mann innerhalb eines Jahres zu leisten vermag.

Nationalsozialistisches „Arbeitertum“

Die nationalsozialistische Regierung Thüringens hat zur Demonstrierung ihrer sozialen Gesinnung die merkwürdige Gelegenheit benutzt, gegen die Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifs der Dachdecker Einspruch zu erheben. Die Folge war die Verzögerung der Gültigkeit des Tarifs für Thüringen um ein Vierteljahr.

VOM AUSLAND

Der Kampf um die Arbeitszeit im Ausland

Dem amerikanischen Senat liegt ein Antrag vor auf gesetzliche Einführung der 30-Stunden-Woche in denjenigen Industrien, deren Erzeugnisse über die Grenzen eines einzelnen Bundesstaates hinaus zum Verkauf gelangen. Eine Kommission des Senats nahm begutachtende Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten entgegen. Unter andern äusserte sich der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, **W. Green**. Die organisierten Arbeiter Amerikas würden, wenn nötig, die Durchführung der 30-Stunden-Woche durch den Streik erzwingen. Der Vorsitzende des Senatsausschusses, **Norris**, erwiderte, er könne nicht glauben, dass zur Erlangung einer Arbeitszeitverkürzung der Streik notwendig sein werde.

Die Textilunternehmer der sogenannten „New-England-Staaten“ in USA., die vor dem Senat-ale-Gutachter angehört wurden, erklärten sich für die Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar ohne Kürzung des Wochenlohnes. Die rationalisierte Maschinerie mache eine solche Maßnahme möglich und notwendig. Wann werden die deutschen Textilunternehmer dies zugeben?

ARBEITS-GERICHTLICHES

Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten

Zu dieser Frage nahmen im „Vorwärts“ (8. Januar 1933 und 22. Januar 1933) erst ein ungenannter Verfasser in ablehnendem, dann Rechtsanwalt **Landsberg, M. d. R.**, in befürwortendem Sinne Stellung.

Bei der heutigen Notlage fast aller Berufsstände ist das Verlangen der Anwälte nach Zulassung in den arbeitsgerichtlichen Zweig der Rechtssprechung durchaus verständlich. Die Haltung der Gewerkschaften zu dieser Forderung ergibt sich indessen aus rein sachlichen Erwägungen, die hier kurz dargelegt seien:

Bei Schaffung der Arbeitsgerichtsbehörden lehnten alle Gewerkschaften die Zulassung der Anwälte zu den Arbeitsgerichten einstimmig ab. Das von den Gewerkschaften geschaffene Arbeitsrecht ist die lebensnächste Rechtsdisziplin, die es gibt. Viel mehr als in allen andern Rechtsdisziplinen kommt es im Arbeitsrecht auf die Kenntnis der tatsächlichen Betriebsverhältnisse, Betriebsvorgänge, des Werdeganges und der Bedeutung der einzelnen Tarifvertragsbestimmungen an. Nur bei dieser Tatsachenkenntnis ist die Gewähr gegeben, daß der Beschleunigungsgrundsatz des Arbeitsgerichtsgesetzes erfüllt werden kann. Diese Tatsachenkenntnis können die Rechtsanwälte nicht besitzen. Sie sind vollständig auf die sachliche Unterrichtung durch die Parteien, insbeson-

dere durch die Angestellten, der Gewerkschaften, angewiesen, so daß jedes Vorbringen neuer Tatsachen Verärgernisse notwendig macht und damit Verschleppung der Verfahren zur Folge hat. Diese Gründe und nicht minder die Tatsache, daß an sich die Zulassung von Anwälten das Verfahren verteuert, sind es allein, die nach wie vor die Gewerkschaften bestimmen, bei ihrer Meinung über die Unzweckmäßigkeit der Zulassung der Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten zu beharren.

POLITIK DER WOCHE

In Preußen auch Landtagswahlen

Der Preußische Landtag ist aufgelöst worden. Die Neuwahl der Landtagsabgeordneten erfolgt zusammen mit der Neuwahl der Reichstagsabgeordneten am 5. März. Es gibt also an diesem Tage einen Großwahlkampf.

Am 12. März wird wiederum gewählt.

Die Preußenkommissare haben sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften für aufgelöst erklärt. Die Neuwahlen sind auf den 12. März festgesetzt.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg will also den sinnlosen Taumel, von dem Göbbels sprach, gehörig ausnutzen und ihre Macht bis in das letzte Dorfparlament hinein verankern. Es darf ihr nicht gelingen.

Überall blutige Auseinandersetzungen

Seit Hitler Reichskanzler wurde, mehren sich die Schlägereien zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien beziehungsweise Wehrorganisationen. Es gab auch schon eine Reihe Toter. So wurde am Sonnabend, 4. Februar, in Staßfurt der sozialdemokratische Bürgermeister und Abgeordnete des Preußischen Landtags, **Kasten**, von einem 17jährigen Sekundaner des Staßfurter Gymnasiums durch zwei Schüsse in den Rücken schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag ist **Kasten** nach einer Operation den schweren Verletzungen durch innere Verblutung erlegen. Dem Verbrechen sind seit der Hitler-Regierung allein in Staßfurt 6 Ueberfälle auf Reichsbannerleute und Kommunisten vorausgegangen.

Am Sonntag, 5. Februar, wurde in Breslau ein von einer Demonstration der Eisernen Front heimkehrender Student **Walter Steinfeldt** von Nationalsozialisten überfallen und niedergestochen. Der Ueberfallene, der durch zwei Stiche schwer verletzt wurde, ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Zur gleichen Zeit wurde in Chemnitz während eines Aufmarsches der Eisernen Front der Reichsbannermann **Paul Fischer** von Nationalsozialisten durch einen Rückenstich getötet. 14 Personen wurden verletzt, darunter vier schwer.

Das ist nur eine kleine Auslese. Weitere Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern, die auch noch in den letzten Tagen im ganzen Reiche stattfanden, brachten weitere Todesopfer, daneben viele teils schwer, teils leicht Verletzte.

FACHTECHNISCHES

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes-Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster

Kl. 75 c. 1 250 122. Farbenbehälter für Maler und verwandte Berufe. **Albert Samborn**.

Kl. 75 c. 1 249 326. Spritzapparat zum Zerstäuben von Farben, Lacken und andern Flüssigkeiten. Maschinenfabrik **Laube, Kurt und Rudolf Laube**, Dresden-A. 16, Blasewitzer Straße 68.

Kl. 75 c. 1 249 335. Pinselbehälter zur gebrauchsfertigen Aufbewahrung im Gebrauch befindlicher Pinsel, unter Berücksichtigung des Nichthartwerdens derselben. **Jakob Eiche**, Birkesdorf.

Angemeldetes Patent

Kl. 75 c. D. 64 232. Doppeldose zur getrennten Aufbewahrung von Farbpulver und Lacktinktur. **Anton Karl Dickhoff**, Rottweil a. N.

Erlitete Patente

Kl. 75 c. 571 621. Verfahren zur Herstellung von schnellfrocknenden Ueberzügen. **Bakelite Gesellschaft m. b. H.**, Berlin W 35, Lützowstr. 32.

Kl. 75 c. 571 277. Verfahren zum Zerstäuben von Flüssigkeiten aller Art. **D. Dupius & Co.**, M.-Gladbach.

Kl. 75 c. 571 485. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung gleichmäßig gemischter Anstrichmasse. **Mannesmannröhren-Werke**, Düsseldorf, Berger Ufer 1 b.

BÜCHER · SCHRIFTEN

Carl Rothe: Die Front der Gewerkschaften. Int.-Schriften. **Eugen Diederichs** Verlag in Jena. Umschlagzeichnung: **Max Thalmann**.

In der 80 Seiten starken Schrift gibt Rothe einen knappen Abriss von der Entstehung und dem Wirken der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse und im Staat, um sich im Schlußkapitel mit den künftigen Aufgaben der Gewerkschaften auseinanderzusetzen. Im ganzen betrachtet, steht Rothe die Dinge richtig und kommt daher in seiner Schrift zu einer kräftigen Verteidigung der Gewerkschaften gegenüber ihren Verleumdern, wenn Rothe auch in wenigen Fällen und Einzelheiten eine von uns abweichende Auffassung vertritt. Den unterrichteten Gewerkschaften sagt Rothe, der sich mit den drei in Deutschland bestehenden Gewerkschaftsrichtungen beschäftigt, zwar im allgemeinen nichts Neues. Wenn die Schrift aber auch in andern Kreisen gelesen wird, Rothe steht dem Tätigkeits nahe, was eher anzunehmen ist, als wenn sie von einem bekannten Führer der Gewerkschaften geschrieben wäre, kann sie aufklärend wirken und dazu beitragen, daß diese Leser ein richtiges Bild vom Wesen, Wirken und der Bedeutung der Gewerkschaften für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland erhalten, als sie es bisher hatten.

„**Urania**“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. **Urania-Freidenker-Verlag**. Probehefte und Prospekte kostenlos.

Im Februarheft ist ausführlich von Spanien die Rede. Soziale Wanderungen zu den Musikinstrumentenmachern des sächsischen Vogtlandes und die neuerbaute Glocknerstraße schließen sich an. Weitere natur- und gesellschaftswissenschaftliche Aufsätze folgen. Schöne Bilder, in Form von Zeichnungen und Photos, beleben das Heft.

Vom 12. Februar bis 18. Februar ist die 7. Beitragswoche.

Vom 19. Februar bis 25. Februar ist die 8. Beitragswoche.

STERBETAFEL

Berlin. Am 31. Januar starb der Kollege **Fritz Böck**, geboren am 13. Mai 1872 in Schönfließ.

Hamburg. (Bezirk St. Pauli.) Am 27. Januar 1933 starb unser Kollege, der Invalide **Ferdinand Niemeyer**, im Alter von 74 Jahren. Er gehörte der Organisation seit 1906 an. (Zahlstelle **Barmstedt**.) Nach langer Krankheit starb am 28. Januar 1933 unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Heinrich Boltz**, im Alter von 32 Jahren. — Im Alter von 66 Jahren starb am 8. Februar 1933 unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Paul Matzanka**.

Hannover. Unser Kollege **Hermann Rademacher** starb am Schlaganfall im Alter von 66 Jahren.

Karlsruhe (Zahlstelle **Durlach**). Am 2. Februar 1933 wurde unser Mitglied **Peter Verwimp** ein Opfer der nationalsozialistischen Mordhetze. Er wurde bei einem Aufmarsch durch einen Nationalsozialisten erschossen.

Wiesbaden (Zahlstelle **Sonnenberg**). Am 18. November 1932 verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege **Karl Becht**, infolge Magenkrebs, im Alter von 48 Jahren. — Unser langjähriges treues Mitglied, der invalide Kollege **Adolf Zuber**, verstarb im Alter von 46 Jahren an einem Herzleiden. — Infolge Herzasthma verstarb am 4. Dezember 1932 unser langjähriges treues Mitglied, der invalide Kollege **Christian Böhmer**, im Alter von 63 Jahren. — Am 30. Januar 1933 verstarb ganz plötzlich infolge Herzschlages unser treues Mitglied, der Kollege **Karl Roth**, im Alter von 49 Jahren.

Ehreihrem Andenken!